

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Frau Staatsministerin, ein ganz herzlicher Dank aus dem Hohen Hause. Ich darf Ihnen heute auch gute Wünsche für die nächste Woche, für die größer werdende Familie aussprechen. Alles Gute für Sie persönlich und auch für die Familie!

(Allgemeiner Beifall – Abgeordnete Kathrin Sonnenholzner (SPD) begibt sich zum Rednerpult)

- Frau Kollegin Sonnenholzner, Sie können hierbleiben. Ich möchte aber noch kurz einige Bemerkungen anschließen. – Frau Staatsministerin, wir haben Ihre Regierungserklärung in einen Thementag heute im Hohen Hause eingebunden. Wir haben heute Morgen die Ausstellung "GEMEINSAM GEHEN. Wege der Sterbebegleitung und Versorgung für Schwerstkranke und Angehörige" eröffnet. Ich danke den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die heute Morgen anwesend gewesen sind. Wer von den Kolleginnen und Kollegen die Ausstellung noch nicht gesehen hat, möge sich bitte heute noch die Zeit dafür nehmen. Es ist eine Wanderausstellung; das heißt, Sie können sie dann auch in Ihren Stimmkreisen und Wahlkreisen abrufen. Das ist das eine.

Das andere ist: Wenn ich "Thementag" sage, dann darf ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen des interfraktionellen Frühstückstreffens hier im Bayerischen Landtag sehr herzlich bedanken: bei Herrn Kollegen Unterländer, bei Frau Kollegin Stachowitz, bei Herrn Kollegen Streibl und bei Frau Kollegin Celina. Sie haben uns für heute Abend eingeladen – deswegen machen wir auch rechtzeitig Schluss – zum Thema "In Würde sterben", zur aktuellen Diskussion über Sterbehilfe, Hospiz- und Palliativstrukturen. Ich denke, dass wir mit der Regierungserklärung heute und mit den Themen, die wir uns hier in diesem Hohen Haus heute setzen, zeigen, wie wichtig uns diese gesellschaftspolitischen Herausforderungen sind, gerade auch was die Würde des Menschen anbelangt.

Frau Kollegin Sonnenholzner, jetzt sind Sie dran. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): "Ein gutes Leben lang", Frau Staatsministerin, schon beim Lesen, aber jetzt noch mehr beim Hören, bin ich mir vorgekommen wie in einer der zahlreichen Wellness-Oasen der bayerischen Bäder. Die raue Wirklichkeit der Gesundheitspolitik ist aber leider ein bisschen anders, da geht es nicht nur um Gesundheit und um gutes Leben; das ist das Ziel, aber das erreichen wir nicht immer. Es geht um Krankheit, es geht um Verteilungskämpfe, es geht natürlich um Geld, es geht um Nachhaltigkeit; und was Sie und Ihr Haus angeht, geht es selbstver-

ständig um Steuerung. Davon habe ich heute relativ wenig gehört. Ich frage mich ein bisschen, warum Sie bis gestern 23.00 Uhr gebraucht haben, um dieses Manuskript dann doch an die Fraktionen zu schicken – wahrscheinlich deswegen, weil Sie es noch von dem Prosa-Spezialisten des Kollegen Spaenle im Bildungsministerium haben abgleichen lassen. Es klingt ein bisschen so.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben momentan andere Aufgaben! Die kommen zu so etwas nicht mehr!)

- Beruhigen Sie sich, Kolleginnen und Kollegen! - Ich darf Ihnen allerdings tatsächlich Fleißbildchen austeilten, zumindest virtuell: Sie haben von September 2014 bis gestern sage und schreibe 212 Pressemitteilungen veröffentlicht. Der Herr Finanzminister bringt es nur auf 160. – Das würde mir an Ihrer Stelle zu denken geben, Herr Dr. Söder.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, Frau Ministerin, in dieser Hinsicht sind Sie tatsächlich an der Spitze. Sie haben nur leider nicht immer die Substanz, die wir uns wünschen würden.

(Zustimmung des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Worum geht es aber denn eigentlich bei dem Thema Gesundheit und der Regierungserklärung zur Gesundheit? – Es geht natürlich erstens um die flächendeckende Versorgung. Die flächendeckende Versorgung umfasst das gesamte Spektrum der Medizin. Das beginnt bei der Notfallversorgung, zu der Sie heute kein Wort gesagt haben. Wenn ich die Menschen frage "Was ist euch wichtig?", kommt immer: "Wichtig ist mir, dass ich im Notfall gut versorgt bin." – Unser Antrag auf einen Runden Tisch, der jetzt umgesetzt wird, ist ein erster Schritt; aber er kann nicht für die Zukunft eine generelle Debatte über die Art des Notfalldienstes, unter Umständen, Herr Kollege Herrmann, unter Einbeziehung des Rettungsdienstes, auslösen. Selbstverständlich brauchen wir auch da zunehmend – und da stimme ich Ihnen zu – die telemedizinische Unterstützung. Da würden wir uns aber wünschen, dass sehr viel mehr in die Regelversorgung geht.

Was die ambulante Versorgung angeht, stehen wir selbstverständlich auch zu den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen. Wir stellen aber fest, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen anders sind und dass nicht mehr jeder dieses Risiko eingehen wird. Wir wollen deswegen flächendeckend andere Modelle wie Hausarzt-MVZ und vor allen Dingen auch eine engere